
Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte

Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris

(Institut historique allemand)

Band 7 (1979)

DOI: 10.11588/fr.1979.0.49873

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

es sich bei Heß' Studie insgesamt um eine auf souveräner Materialkenntnis beruhende, gründliche Aufarbeitung der national- und außenpolitischen Programmatik des parteipolitisch organisierten Linksliberalismus in der Weimarer Republik. Die noch immer ausstehende Gesamtdarstellung der Geschichte des deutschen Liberalismus ist damit der Möglichkeit ihrer Verwirklichung um ein großes Stück näher gerückt.²

Konstanze WEGNER, Mannheim

Rüdiger ZIMMERMANN, *Der Leninbund. Linke Kommunisten in der Weimarer Republik*, Düsseldorf (Droste) 1978, 307 S. (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 62).

Die am weitesten links stehende Gruppierung, die sich an einer Reichstagswahl in der Weimarer Republik beteiligte, war der »Leninbund«, der unter der Bezeichnung »Linke Kommunisten« bei der Wahl von 1928 allerdings nur 80 000 Stimmen und kein Mandat erhielt. Über diese Gruppe und ihre Entwicklung liegt mit der Dissertation von Rüdiger Zimmermann erstmals eine umfassende Darstellung vor.

Der Autor untersucht »Werde- und Verfallsprozeß« der linken Kommunisten in Deutschland, ihre Entstehung als oppositionelle Gruppe innerhalb der KPD, die Entwicklung der Organisation des »Leninbundes« und deren Zerfall. Freilich handelt es sich bei der Arbeit von Zimmermann keineswegs nur um die Beschreibung einer kommunistischen Sekte, vielmehr will Zimmermann das Problem der Gruppenbildung inner- und außerhalb der »monolithischen« kommunistischen Partei überhaupt ansprechen, die Hinausdrängung oppositioneller Richtungen verdeutlichen und deren Möglichkeiten als »leninistische« Organisationen untersuchen. Mit dieser Fragestellung konnte der Autor einerseits eine sehr gute Darstellung des Leninbundes, seiner Politik, Organisation und Problematik vorlegen, andererseits die Thematik des Linkskommunismus generell erörtern, paradigmatisch sogar Fragen der Loslösung der Opposition von der Mutterorganisation erklären.

Zimmermann hat mit seiner sehr gut lesbaren Untersuchung über den Linkskommunismus in der Weimarer Republik eine wesentliche Forschungslücke geschlossen. Während es seit Jahren Arbeiten über die rechtskommunistischen Gruppen gibt¹ und die wissenschaftliche Aufarbeitung der kommunistischen Bewegung in Deutschland sichtlich vorangekommen ist, fehlte bisher eine Dar-

² Zum gegenwärtigen Stand der Forschung vgl. Konstanze WEGNER, Linksliberalismus im wilhelminischen Deutschland und in der Weimarer Republik. Literaturbericht, in: *Geschichte und Gesellschaft. Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft* 4, Heft 1, S. 120–137.

¹ Vgl. K.-H. TJADEN, *Struktur und Funktion der »KPD-Opposition«*. Eine organisationssoziologische Untersuchung zur »Rechts«-opposition im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik, Meisenheim am Glan 1964.

stellung des leninistischen Linkskommunismus;² erst mit dieser Untersuchung ist die ganze Vielfalt und Widersprüchlichkeit des Kommunismus in der Weimarer Republik nun belegt.

Zimmermann hat seine Arbeit in zwölf Kapitel gegliedert. Er untersucht zunächst die Linke in der KPD, die unter Ruth Fischer, Maslow, Scholem, Urbahns usw. 1924 die KPD-Führung eroberte, bis zum Ausschluß der Gruppe aus der Partei 1926. Danach arbeitet der Autor systematisch die Hauptkonfliktthemen zwischen der Partei und der linken Opposition heraus. Nach dem endgültigen Oppositionsverbot in der KPD 1927 beschreibt Zimmermann die Organisationsversuche und schließlich die Gründung des Leninbundes im März 1928. Doch kurz nach Gründung traten die bekannten Führer Ruth Fischer, Maslow, Scholem u. a. aus dem Leninbund aus, der dadurch in eine Krise geriet, sich aber dennoch an den Reichstagswahlen beteiligte und ein Wahlfiasco erlitt. In den folgenden Kapiteln untersucht der Autor die Fixierung des Leninbundes auf die Sowjetunion, die Abkehr vom Trotzismus, die Versuche einer Einheitsfront gegen den Nationalsozialismus und schließlich das »Sektendasein am Rande des Abgrundes«. Kurz skizziert er die »Nachklänge in Illegalität und Emigration« und macht in den beiden letzten Kapiteln generelle Aussagen zum Thema.

Hier kann nur auf wenige Einzelfragen der interessanten und gut belegten Arbeit eingegangen werden. Zimmermann sieht den ideologischen Hauptwiderspruch des Linkskommunismus im Festhalten an leninistischen Organisationsvorstellungen. Damit versperrten sich die linken Kommunisten selbst den Weg zur selbständigen Partei, denn nach den Vorstellungen Lenins kann nur eine kommunistische Partei existieren. »Eine zweite leninistische Partei neben der KPD mußte ein Widerspruch in sich sein. War aber das rechtgläubige Bekenntnis einmal durchbrochen – das war für den LB ein langer und mühseliger Weg – so gab es keinen Zugang mehr zur alten Gemeinde. Eine neue war nicht zu sehen.« (S. 279). Durch den Ausschluß aus der Partei war den linken Kommunisten praktisch jede Einwirkungsmöglichkeit auf die KPD genommen.

Wesentlicher für den Mißerfolg des Leninbundes scheint allerdings seine praktische Politik. Die linken Kommunisten wurden aus der KPD entfernt, als die Partei selbst eine relativ gemäßigte Politik betrieb. Die politische »Existenzberechtigung« des Linkskommunismus war somit die Kritik von links gegen die Partei. Doch nach der Wendung der KPD nach ultralinks 1928/29 war dieser Kritik der Boden entzogen, in der Folgezeit mußten die linken Kommunisten eher von »rechts« gegen die Partei opponieren.

Schließlich war der deutsche Kommunismus keine selbständige Bewegung, sondern Teil des Weltkommunismus. Organisatorisch war die KPD Teilorganisation der Kommunistischen Internationale. Für die linken Kommunisten bedeutete dies eine Orientierung an der Komintern und vor allem deren Führungsmacht, der Sowjetunion. Die engen Verflechtungen mit der sowjetischen linken

² Zum nichtleninistischen Linkskommunismus vgl. Hans Manfred Bock, *Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918–1923*, Meisenheim am Glan 1969; sowie ders., *Geschichte des »Linken Radikalismus« in Deutschland*, Frankfurt/M. 1976.

Opposition (Sinowjew, Trotzki) bestimmten sowohl die Politik des Leninbundes als auch seine Entfremdung von den Fragen der deutschen Arbeiterschaft.

Es gelingt Zimmermann, diese und weitere Probleme sichtbar zu machen. Er sieht in der Entwicklung des Linkskommunismus eine »Kette von Niederlagen«, die durch das »Erbe des Bolschewismus« bestimmt war.

Die Bewertungen Zimmermanns sind gut belegt und schlüssig; auch dort, wo man ihnen nicht zustimmt, regen sie zur Diskussion an. Fehler sind ihm nicht unterlaufen, lediglich die personelle Einschätzung der »Versöhner« (einer eher rechts »angesiedelten KPD-Gruppierung«) ist nicht korrekt.³ Über die Beschreibung des Leninbundes hinaus behandelt der Autor auch theoretische Probleme des Marxismus, macht wichtige Aussagen über die KPD selbst und skizziert auch andere Gruppierungen, etwa den deutschen Trotzkismus. Soweit es bei der sehr schwierigen Materiallage möglich war, untersuchte er auch Fragen der sozialen und altersmäßigen Zusammensetzung der Mitglieder des Leninbundes und des Wählerreservoirs. Die gelungene Arbeit von Zimmermann zeigt so insgesamt, daß es möglich ist, anhand einer kleinen ideologischen Strömung und deren Verfestigung zu einer Organisation bei genügender Beachtung des gesamten politischen Umfeldes Aussagen zu machen, die weit über die Zustandsbeschreibung einer Sekte hinausgehen. Zimmermann hat dazu beigetragen, politische Probleme der äußersten Linken durchsichtiger zu machen.

Hermann WEBER, Mannheim

Ulrich SCHÜREN, *Der Volksentscheid zur Fürstenenteignung 1926. Die Vermögensauseinandersetzung mit den depossedierten Landesherren als Problem der deutschen Innenpolitik unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in Preußen, Düsseldorf (Droste) 1978, 327 S. (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 64).*

Diese überarbeitete Fassung einer von Eberhard Kolb betreuten Würzburger Dissertation ist einem Problem gewidmet, das in der westdeutschen Forschung bisher nur wenig Beachtung gefunden hat. Bei dem verfassungsrechtlich und politisch bedeutsamen Streit um das Vermögen der ehemals regierenden deutschen Landesherren, der 1926 trotz Locarno und Völkerbundsbeitritt über Monate hinweg die Weimarer Innenpolitik beherrschte, handelte es sich, wie U. Schüren betont, um eine »Spätfolge der halbherzigen Revolution von 1918« (S. 14). Der Rat der Volksbeauftragten war aus juristischen und politischen Gründen einer klaren Entscheidung ausgewichen, und auch in der Nationalversammlung und im ersten Reichstag fand sich keine Mehrheit für eine gesetzliche Regelung. So mußten die Länder aus eigener Kraft versuchen, die aus dem Absolutismus überkommene und durch die Entwicklung zum modernen Nationalstaat keineswegs völlig beseitigte Verflechtung von privaten und öffentlich-

³ Dazu jetzt Rosa MEYER-LEVINÉ, *Im inneren Kreis. Erinnerungen einer Kommunistin in Deutschland 1920–1933*. Hg. und eingeleitet von Hermann WEBER, Köln 1979.